

INHALT

1. In eigener Sache
2. Die Gesetze des Landes sind einzuhalten
3. Zustimmung zur Landesregierung in Schleswig-Holsteins Wirtschaft wächst
4. CDU will Messe „WindEnergy“ in Husum erhalten
5. Perspektiven des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel
6. UKSH: Kein mögliches Modell ausschließen
7. SPD will in der Pflege herumstochern
8. Neuverschuldung des Landes fällt aufgrund guter Konjunktur geringer aus als geplant
9. Die Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht

01.07.2011

In eigener Sache

Newsletterversand während der Parlamentarischen Sommerpause eingeschränkt

Während der Parlamentarischen Sommerpause (in den Sommerferien) sind Geschäfts- und Pressestelle der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag eingeschränkt erreichbar:

Sie erreichen uns Montags bis Donnerstags von 09:00 Uhr bis 15:30 Uhr und Freitags von 09:00 Uhr bis 14:00 Uhr.

Wir werden den Newsletter während der Sommerpause anlassbezogen versenden.

Auch Ihnen wünschen wir einige erholsame Tage.

Die Gesetze des Landes sind einzuhalten

Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung beteiligen

In der heutigen Plenarsitzung debattierte der Schleswig-Holsteinische Landtag einen Dringlichkeitsantrag der Fraktion die LINKE zu den Schülerbeförderungskosten und einen dazugehörigen Änderungsantrag der SPD. In dem Antrag der SPD heißt es: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Kreise nicht gegen den Willen der gewählten Selbstverwaltung zu zwingen, die Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung zu beteiligen.“

Sowohl der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Werner Kalinka, als auch der

Innenminister Klaus Schlie, wunderten sich über den bemerkenswerten Einblick, den die Linke mit dem vorliegenden Antrag in ihr Demokratie-, Rechts- und Staatsverständnis gibt.

Durch Art. 10 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011/2012 vom 17. Dezember 2010 ist § 114 Abs.2 Satz 3 des Schulgesetzes dahingehend geändert worden, dass die Kreise verpflichtet sind, Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung zu beteiligen. „Der Landtag hat das Gesetz mehrheitlich beschlossen und es ist ordnungsgemäß in Kraft getreten. Damit ist dieses Gesetz selbstverständlich zu beachten“, so Innenminister Schlie.

„In Ziffer 2 ihres Antrags fordert die Linke, ein geltendes Gesetz soll – wenn manche Kommunen es nicht befolgen – nicht durchgesetzt werden dürfen“, so Kalinka. „Oder anders gewendet: demokratisch beschlossene Gesetze muss man nicht befolgen und durchsetzen. Das ist die Botschaft, mit der die Links-Fraktion hier antritt.“

„Wo kämen wir denn hin, wenn jeder nach Gutdünken darüber entscheiden könnte, welches Gesetz er anwenden und für oder gegen sich gelten lassen möchte und welches doch lieber nicht?“, fragte Schlie die Abgeordneten der Opposition.

Die Änderung im Schulgesetz sei vom Landtag beschlossen worden. Die Kommunalaufsicht habe daher erforderlichen Falles das geltende Recht auch gegen den Willen der Kreistage durchzusetzen. Denn auch die Kreise sind als Träger öffentlicher Verwaltung an Gesetz und Recht gebunden. „Die Gesetze des Landes sind auch von ihnen einzuhalten, dazu gibt es keine Alternative“, machte Kalinka unmissverständlich deutlich.

Es könne sich niemand moralisch im Recht fühlen, wenn er sich über das hinwegsetzen will, was in einem parlamentarischen Verfahren für alle verbindlich festgelegt wurde. „Es gibt in einer Demokratie bestimmte elementare Spielregeln, an die man sich halten muss. Dazu gehört, dass auch unliebsame, aber mit Mehrheit getroffene Beschlüsse geltendes Recht sind“, so der langjährige Parlamentarier Kalinka.

Innenminister Schlie machte abschließend deutlich, dass es im Falle der Weigerung einzelner Kreise, fristgerecht eine gesetzeskonforme Schülerbeförderungssatzung zu erlassen, seine Aufgabe als Innenminister sei, durch geeignete kommunalaufsichtliche Maßnahmen einen rechtskonformen Zustand herbeizuführen.

Den Antrag der Linken finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1600/drucksache-17-1644.pdf>

Der Änderungsantrag der SPD finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1600/drucksache-17-1653.pdf>

Zustimmung zur Landesregierung in Schleswig-Holsteins Wirtschaft wächst Wirtschaftsministerium auf Platz Eins der Umfrage

65 Prozent der Unternehmen im Norden haben im ersten Halbjahr 2011 ihre Umsätze erhöht. 57 Prozent vermeldeten im Vorjahresvergleich ein Auftragsplus. 88 Prozent wollen ihre Investitionsbereitschaft auf Vorjahresniveau halten oder erhöhen. Per Saldo sollen bis Ende des dritten Quartals noch einmal 587 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die CDU-geführte Landesregierung schneidet deutlich besser ab, als noch in der letzten Umfrage. Vor allem die Mittelstandsförderung findet hohe Anerkennung. Auch Minister Jost de Jager selbst und der Mittelstandsbeauftragte Hans-Jörn Arp werden hohes Engagement und

Expertise bescheinigt. Das Wirtschaftsministerium wird folgerichtig am besten bewertet, es folgen die CDU-geführten Ministerien des Inneren, der Finanzen und für Umwelt und Ländliche Räume.

CDU-Fraktionschef von Boetticher begrüßte heute die Ergebnisse der Umfrage. Er setzte sich auch mit den kritischen Punkten auseinander: „Bemängelt wurde vor allem ein schlüssiges Konzept in der Energiepolitik. Nach der gestrigen Abstimmung über die Bundesgesetzgebung zum Umstieg auf erneuerbare Energien sind die Rahmenbedingungen für das Land jetzt klar. Erste Schritte für eine Umsetzung sind in Schleswig-Holstein bereits eingeleitet worden“, so von Boetticher.

Der Link zur Umfrage:

<http://www.uvnord.de/pressedienst/SPK2011-GrafikPolitikSH.pdf>



Dr. Christian von Boetticher, MdB

CDU will Messe „WindEnergy“ in Husum erhalten Kooperation von Hamburg und Schleswig-Holstein beim Ausbau gefordert

„Für die CDU steht fest Husum bleibt der bevorzugte Standort für die weltgrößte Windenergiemesse.“ Das machte der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens-Christian Magnussen, deutlich, nachdem in den vergangenen Wochen von Hamburg Signale ausgesandt worden waren, die Messe an die Elbe zu holen.

„Für die CDU Schleswig-Holsteins war und ist die Windtechnologie einer der wesentlichen Bestandteile einer Energieversorgung der Zukunft“, erklärte Magnussen weiter. Daher sehe die CDU die Messe nicht nur als Kontakt- und Kooperationsbörse für Unternehmen aus der Fachwelt, sondern auch als Informationspool für Bürgerinnen und Bürger über die Energietechnologien der Zukunft.

Der Aufbau der Husum Messe und die stetige Erweiterung des Messegeländes - zuletzt mit dem Bau des Kongresszentrums auf dem Gelände der Husum Wind und einer Investition des Landes in Höhe von 20 Millionen Euro - seien ein deutliches Indiz für die Positionierung der Landesregierung für den Standort.

„Schleswig-Holstein und Hamburg sollten sich lieber einig zeigen und gemeinsam Husum als Messestandort für regenerative Technologien weiter ausbauen, statt gegeneinander zu arbeiten“, so Magnussen abschließend.



Jens-Christian Magnussen, MdL

Perspektiven des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel **CDU steht zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes**

Der Brunsbüttler Abgeordnete Jens-Christian Magnussen bezog in der von CDU und FDP initiierten Debatte über den Industriestandort Brunsbüttel für die CDU-Landtagsfraktion eine klare Position.

Die Unterelberegion sei mit vielen Konzernen eine Region mit hochqualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Auch die regionalen Handwerksbetriebe sowie die kleinen Betriebe aus Handel und Gewerbe leisteten ihren Teil. Sie spezialisierten ihre Mitarbeiter für die anspruchsvolle Dienstleistung in den Industriebetrieben von Brunsbüttel.

Die Abschaltung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel allerdings schlage sich bereits nachteilig auf die Arbeitsplätze der Region nieder, so Magnussen. Betroffen seien insbesondere die kleinen familiengeführten Betriebe. „Bei der Arbeitsagentur sind bereits erste Negativsignale zu spüren“, musste der Abgeordnete vermelden. „Hier muss zwingend entgegengewirkt werden.“ Fast alle in Brunsbüttel ansässigen Industrien seien energieintensive Betriebe. Brunsbüttel müsse deshalb auch als Energiestandort weiter bestehen können.

Darüber hinaus sei der Standort Brunsbüttel nicht nur Industrie- und Energiestandort; sondern auch ein Standort mit hoher maritimer Bedeutung. Er bilde die Schnittstelle zwischen Nord- und Ostsee. „Um die Entwicklung des Industriestandortes weiter voranzubringen, ist neben dem Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, seiner Schleusen und des Hafens der Ausbau der Straßeninfrastruktur von besonderer Bedeutung“, so Magnussen weiter.

Die Landesregierung und die CDU stünden zur Weiterentwicklung des Standortes und zur Modifizierung der Hafenskapazitäten. „Investitionen in die Erweiterung der Hafeninfrastruktur sind von elementarer Bedeutung, um den Brunsbütteler Hafen für die kommenden Offshore-Projekte vorzubereiten“, erklärte der Brunsbüttler. Die Landesregierung stehe auch hier mit zweistelligen Millionenbeträgen „Gewehr bei Fuß“.

Den Antrag von CDU und FDP finden Sie unter:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1500/drucksache-17-1596.pdf>

UKSH: Kein mögliches Modell ausschließen **CDU-Fraktion weiter offen für Suche nach dem besten Modell**

Für die heutige Landtagssitzung stellte die SPD-Fraktion einen Antrag, mit dem bei der Bewertung des derzeit laufenden Markterkundungsverfahrens bereits jetzt alle Modelle abgelehnt werden sollten, die eine „vollständige oder teilweise Privatisierung“ des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) vorsehen. Das UKSH solle nach dem Willen der SPD in öffentlicher Trägerschaft weiter betrieben werden.

Für die CDU-Fraktion machte deren hochschulpolitischer Sprecher deutlich, dass der über Jahrzehnte aufgebaute Investitionsstau beim UKSH nicht allein aus öffentlichen Mitteln abgebaut werden könne: „Wir brauchen dazu private Unterstützung“, so Daniel Günther.

Das Ergebnis des Markterkundungsverfahrens zeige unterschiedliche interessante Modelle. Davon Modelle von vornherein auszuschließen halte er zum heutigen Zeitpunkt für falsch. „Wir sollten die nächsten Wochen nutzen, um uns vertieft mit den unterschiedlichen Modellen zu beschäftigen. Auf dieser Grundlage ist dann eine Entscheidung zu treffen“, so Günther.

In diesem Zusammenhang zeigte Günther sich erstaunt, dass bislang keiner der Antragssteller von SPD und SSW die seit einer Woche ausliegenden Unterlagen zum Markterkundungsverfahren eingesehen habe. „Das wirkt nicht so, als ob Sie Ihre politische Meinungsbildung vorurteilsfrei vornehmen“, so der Hochschulpolitiker.

Den Antrag der SPD-Fraktion finden Sie unter folgendem Link:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1600/drucksache-17-1648.pdf>



Daniel Günther, MdL

SPD will in der Pflege herumstochern **CDU-Landtagsfraktion fordert einheitliches Konzept**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung auf Antrag der Opposition mit dem Thema „Altenpflege“. Schwerpunkt der Debatte waren die ausufernden Dokumentationspflichten.

Die gesundheitspolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ursula Sassen, warf der Opposition vor, aus dem Antrag werde kein konkreter Handlungsbedarf für die Landesregierung deutlich. Es mache keinen Sinn, ständig in einzelnen Pflegethemen herumzustochern. „Es muss endlich ein ganzheitliches Konzept aus dem zuständigen

Bundesgesundheitsministerium kommen! Wir brauchen den großen Wurf“, so Sassen.

Die Schlagzahl zur Erreichung dieses Zieles müsse deutlich erhöht werden, so Sassen weiter. Denn die Grenze der Belastbarkeit des Pflegepersonals sei bereits überschritten. Daher müsse sich für die Pflegenden und die Pflegebedürftigen dringend etwas ändern. Darin stimme die CDU mit der Opposition überein.

„Für die CDU-Fraktion hat die bedarfsorientierte Neuausrichtung der Pflege auf Bundes- und Landesebene sowie das Ziel, die Pflegeberufe attraktiver zu machen, Vorrang. Die Anträge der Opposition sind nicht Ziel führend und enthalten nichts Neues“, erklärte Sassen die Ablehnung der Anträge.

Den Antrag „Förderung der beruflichen Weiterbildung“ finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1500/drucksache-17-1594.pdf>

Den Antrag „Mehr Zeit für Pflege“ finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1500/drucksache-17-1573.pdf>



Ursula Sassen, MdL

Neuverschuldung des Landes fällt aufgrund guter Konjunktur geringer aus als geplant Tilgung der Altschulden kann bereits 2020 beginnen

Nach einem in dieser Woche von Finanzminister Rainer Wiegand vorgelegten Entwurf zur Finanzplanung kann Schleswig-Holstein sein strukturelles Haushaltsdefizit wie geplant bis 2020 auf null reduzieren. „Spätestens 2020 werden wir damit beginnen, Schulden zurück zu zahlen. Ab dann werden die finanziellen Spielräume des Landes von Jahr zu Jahr wieder größer“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Koch, dazu.

Bis 2015 soll das strukturelle Defizit bereits auf rund 560 Millionen Euro reduziert werden. Das sind deutlich weniger neue Schulden, als bisher erwartet. Der Schuldenstand wird bis 2020 um knapp zwei Milliarden Euro weniger als bisher angenommen steigen.

Grund dafür ist vor allem die sehr gute Konjunktur, die für bessere Steuereinnahmen sorgt. Allerdings reichen die Einnahmen trotzdem bei weitem nicht aus, um die regelmäßigen Ausgaben des Landes zu decken. Der Schuldenstand wird im Jahr 2020 31,6 Milliarden Euro betragen. Die bereits heute immens hohe Zinslast wird noch einmal deutlich ansteigen.

Deshalb gibt es laut Koch trotz der guten Nachrichten keinen Grund, den Fuß von der Schuldenbremse zu nehmen. „Unsere Konsolidierungsbemühungen und das Ankurbeln des

Wirtschaftswachstums zahlen sich bereits aus. Jedoch müssen wir die Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen weiter schließen“, so Koch abschließend.



Tobias Koch, MdL

Die Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht **Berichte des Innenministeriums und Wissenschaftsministeriums im Landtag diskutiert**



Markus Matthießen, MdL

Die Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht sind auch in Schleswig-Holstein zu spüren. Dieses machten mehrere Berichte des Innenministeriums und des Wissenschaftsministeriums deutlich, mit denen sich der Landtag in seiner heutigen Sitzung beschäftigte.

Die Herausforderungen unseres Landes für die Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger sind nicht unerheblich. Darüber hinaus zeigten die Berichte aber auch, dass sich aus der veränderten Gesamtsituation Chancen für neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ergeben.

Matthießen dankte Wissenschaftsminister Jost de Jager dabei für seinen Verhandlungserfolg gegenüber dem Bund, der sich an den Kosten für zusätzliche Studienplätze mit 50 Prozent beteiligen werde.

Auch die tatsächlichen Auswirkungen auf den Zivil- und Katastrophenschutz werden in den

Berichten beleuchtet. 2.000 Helfer gebe es in diesem Bereich in Schleswig-Holstein. Davon seien 1.600 bei den freiwilligen Feuerwehren tätig. „Diese haben bereits eine erfolgreiche Kampagne zur Mitgliederwerbung ins Leben gerufen und gehen daher auch nicht von einer Abnahme der Helfer aus“, so Matthießen.

Für den Katastrophenschutz in unserem Land ist die Vorhaltung von Personal und Material durch die Bundeswehr von besonderer Bedeutung. Matthießen machte deutlich, dass er froh darüber sei, „dass Verteidigungsminister de Maizière bei der Bewertung der Standorte auch eine Komponente der zivil-militärischen Zusammenarbeit berücksichtigt.“

Die Berichte wurden von den Abgeordneten zur Kenntnis genommen und zum Teil zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Den Bericht über die Auswirkungen der Aussetzung des Wehrdienstes finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1400/drucksache-17-1425.pdf>

Die Berichte zum Wissenschafts- und Studienplatzstandort und der Bereitstellung von Studienanfänger-Kapazitäten finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1400/drucksache-17-1426.pdf>

und

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1500/drucksache-17-1569.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de